

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Brunner, Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde

betreffend Volksabstimmung über den EURATOM-Vertrag und EURATOM-Forschungsrahmenprogramm

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemäß § 19 Absatz 2 GOG zum Thema "Aktuelle Perspektiven der österreichischen und europäischen Energiepolitik nach Fukushima"

EURATOM, auch als Europäische Atomgemeinschaft (EAG) bezeichnet wurde gleichzeitig mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) durch die Römischen Verträge vom 27.3.1957 (in Kraft seit dem 1.1.1958) begründet. Gemeinsam bilden die drei Verträge die Grundlage für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG), heute Europäische Union (EU). Ziel von EURATOM ist die Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie und diesbezügliche Forschungen. Der Atomwirtschaft werden mit dem EURATOM-Vertrag EU-weite Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Energieträgern eingeräumt. Nach dem EU-Vertrag ist "die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt".¹

Im Licht der aktuellen tragischen Ereignisse in Japan, erscheint die Förderung der Atomwirtschaft als integrales Ziel der Europäischen Union fragwürdiger als je zu vor. Das genaue Gegenteil ist das Gebot der Stunde: Der schnellstmögliche EU-weite Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung und die energiepolitische Wende hin zu nachhaltiger und zukunftsfähiger Energieversorgung durch 100% erneuerbare Energien.

Auch Österreich finanziert die Atom-Industrie

EURATOM finanziert die EU-Atomforschung und hat Milliarden von Euro als Kredite für die Errichtung oder Modernisierung von Atomkraftwerken vergeben. Für die Euratom-Forschungsprogramme sind im Zeitraum von 2007-2013 insgesamt 4,1 Milliarden Euro im EU-Budget reserviert. Dieser Budgetbeschluss wurde mit der Zustimmung der österreichischen Bundesregierung gefasst. In den vergangenen 30 Jahren hat die Atomforschung mehr als 60 Milliarden Euro von den Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen erhalten. Österreich zahlt seit dem EU-Beitritt mit bei Euratom – 40 bis 50 Millionen Euro pro Jahr.

Keinen Cent mehr für neue Reaktoren

Wenige Tage vor dem atomaren GAU in Japan, hat die EU-Kommission einen Vorschlag für das „EURATOM-Forschungsrahmenprogramm 2012-2013“ vorgelegt (am 7.3.2011). Dieser Vorschlag sieht für die Jahre 2012 und 2013 einen Gesamtbetrag von 2,56 Milliarden Euro für die Atomforschung vor. Der Löwenanteil (2,2 Mrd. Euro) soll in die Kernfusion (konkret den Bau des Fusionsreaktors „ITER“) fließen, der Rest in die Forschung neuer Reaktorkonzepte für herkömmliche Atomkraftwerke (Kernspaltungsreaktoren der „Generation 4“); nur ein verschwindend kleiner Teil ist für Sicherheit vorgesehen.

Am 9.3.2011 wurde der Kommissionsvorschlag erstmals im EU-Forschungsministerrat diskutiert und zur weiteren Verhandlung in die sog. Ratsarbeitsgruppen gegeben. Ein Beschluss des Milliarden-Atombudgets wird für Spätherbst im EU-Forschungsministerrat

¹ EURATOM-Vertrag, Präambel

erwartet. Der Beschluss muss einstimmig fallen, Österreich hat also ein tatsächliches Vetorecht.

Ein 2,5-Milliarden-Euro-Budget für die Atomindustrie war schon vor den Ereignissen in Japan Affront. Heute ist es durch nichts mehr zu rechtfertigen. Österreichs Forschungsministerin Beatrix Karl muss diesem Atomförderpaket eine klare Absage erteilen. Die Förderprogramme für neue Reaktoren müssen gestoppt werden und die freigewordenen Mittel in das normale Forschungsrahmenprogramm zugunsten der Förderung erneuerbarer Energien überführt werden. Die wenigen sinnvollen Ansätze im EURATOM-Forschungsprogramm (wie z.B. medizinische Nutzung, Strahlenschutz) können ebenfalls billiger, besser und selbständiger unter dem allgemeinen EU-Forschungsrahmenprogramm bearbeitet werden.

BürgerInnen sollen selbst entscheiden

Die Atom-Katastrophe in Japan hat uns wieder auf schreckliche Weise vor Augen geführt, dass die Gefahren, die von der Nukleartechnologie ausgehen, weder beherrschbar sind, noch an Grenzen halt machen. Es ist an der Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden, ob sie weiterhin stiller Partner und Förderer der Atomindustrie bei EURATOM sein möchten oder ob es an der Zeit ist, ein Zeichen gegen diese tödliche Technologie zu setzen und aus dem EURATOM-Vertrag auszusteigen. Diese Entscheidung soll im Wege einer Volksabstimmung herbeigeführt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert

- den aktuellen Kommissionsvorschlag über das „EURATOM-Forschungsrahmenprogramm 2012-2013“ entschieden abzulehnen und sich für eine Umwidmung der derzeit vorgesehenen Budgets für die Kernfusions- und Kernspaltungsforschung zugunsten der Erforschung und Förderung erneuerbarer Energieträger einzusetzen,
- alle Schritte zu unternehmen, damit der EURATOM-Vertrag in seiner derzeitigen Form abgeschafft und zum „Atom-Ausstiegsvertrag“ wird, der die Energiewende einleitet, anstatt weiterhin die Atomindustrie zu finanzieren und zu fördern,
- dem Nationalrat eine Regierungsvorlage betreffend den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag vorzulegen und damit - wie dies im Volksbegehren "Raus aus EURATOM" verlangt wurde - die Beschlussfassung einer Volksabstimmung über den Ausstieg zu ermöglichen.